

Medienmitteilung des Arbeitskreises für Zeitfragen zur CVP-Initiative, Abstimmung vom 28.2.2016

**Ehe für alle. Es geht nicht um Rechte für Minderheiten, sondern um gleiche Rechte für alle.**

Dass die «Abschaffung der Heiratsstrafe»-Initiative der CVP im Februar zur Abstimmung kommt, ist Anlass zur Sorge. Sie ist problematisch, weil sie steuerrechtliche Fragen (wie werden Paare besteuert) mit konservativen Werten vermischt (was ist ein Paar). Es scheint, dass diese Initiative noch schnell in der Bundesverfassung definieren will, was bis anhin nicht darin fixiert ist: nämlich die Institution der Ehe ausschliesslich für Mann und Frau festzuschreiben.

Argumente:

- Das Festschreiben der Ehe auf Mann und Frau steht den gegenwärtigen internationalen und menschenrechtlichen Entwicklungen entgegen. Die Ehe ist in vielen Ländern auch gleichgeschlechtlichen Partnerschaften offen (bereits der Fall ist dies in Belgien, Frankreich, Holland, Spanien, Norwegen, Schweden, Portugal, Island, Irland, Dänemark, Argentinien, Brasilien, Kanada, Neuseeland, Uruguay und Südafrika, sowie einigen U.S.-Bundesstaaten).
- Die Volksinitiative der CVP will die Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber gleich situierten Konkubinatspaaren bei der direkten Bundessteuer aufheben. Dieses Vorhaben liesse sich auch verfolgen, ohne diese enge Ehedefinition. National- und Ständerat sowie der Bundesrat lehnten die Initiative ohne Gegenvorschlag ab.
- Im Dezember 2013 reichte die grünliberale Fraktion eine parlamentarische Initiative ein, die die «Ehe für alle» einfordert. Dabei geht es darum, das Recht auf Ehe, Lebensgemeinschaft (neu) und Familie für alle Personen zu öffnen – unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung. Die parlamentarische Kommission für Rechtsfragen hat im Februar 2015 die parlamentarische Initiative «Ehe für alle» beraten und mit 12 zu 9 Stimmen, Folge gegeben. [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20130468](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20130468)
- Im September 2015 sprach sich auch die Rechtskommission des Ständerates dafür aus, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen. Nun sind die parlamentarischen Kommissionen daran, eine konkrete Vorlage ausarbeiten, über die anschliessend das Parlament, resp. das Volk zu befinden hat. Doch in der Zwischenzeit will die CVP noch schnell in die Verfassung schreiben, was vielen christlich-konservativen Gruppierungen ein heiliges Anliegen ist: nur heterosexuelle Paare sollen heiraten dürfen.

Der Arbeitskreis für Zeitfragen weist darauf hin, dass diese Initiative liebende Menschen verletzt, die verantwortungsvoll miteinander leben wollen. Obwohl sich gleichgeschlechtliche Paare seit 2007 rechtlich als eingetragene Partnerschaft binden können, besteht dadurch noch immer keine rechtliche Gleichstellung zur Ehe.

Im Politischen Nachtgebet vom 9. Februar möchten wir klarstellen, dass sich Gottes Segen nicht auf heterosexuelle Paare beschränken lässt. Alle Liebenden sind gesegnet. Es ist Zeit, dass die Kirchen sich nicht hinter einer scheinbaren Toleranz verstecken. Wir erinnern an den einen Segen Gottes, der unteilbar und kein Besitz ist.

Informationen zur Kampagne gegen die CVP-Ehe-Initiative unter [www.gemeinsam-weiter.ch](http://www.gemeinsam-weiter.ch)  
<http://www.operation-libero.ch/de/portrait> (auch zu den beiden anderen Initiativen des 28.2.16)  
<http://www.pinkcross.ch/tag/ehe-fuer-alle>

Dr. Luzia Sutter Rehmann  
Arbeitskreis für Zeitfragen

Ring 3, 2502 Biel, Tel. 032 322 36 91, [luzia.sutter-rehmann@ref-bielbienne.ch](mailto:luzia.sutter-rehmann@ref-bielbienne.ch)

